

## **Antrag**

**der Abg. Bernd Gögel und Carola Wolle u. a. AfD**

### **Herausforderungen der aktuellen Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika für die Autoindustrie in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. inwieweit nach Auffassung der Landesregierung als Reaktion auf die aktuelle Zoll-Politik der USA zwischen kurzfristigen Maßnahmen (Gegenzölle, Verhandlungen) und weiteren Strategien zu differenzieren ist, die – wie z. B. die Förderung einer Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten – mittel- bis langfristige Wirkung entfalten können;
2. in welchem Umfang Unternehmen der Autoindustrie Baden-Württembergs und ihrer Zuliefererbetriebe kurzfristig bereit und in der Lage sind, ihre Produktion in die USA zu verlagern, weil sie dort zum Beispiel bereits über eigene Produktionskapazitäten verfügen;
3. inwieweit durch Produktionsverlagerungen gemäß Ziffer 2 das Risiko zusätzlicher Arbeitsplatzverluste in der Autoindustrie von Baden-Württemberg besteht, die über die bisherigen Annahmen des von der Landesregierung initiierten „Strategiedialogs Automobilwirtschaft“ hinausgehen;
4. inwieweit Potenziale für eine Verhandlungslösung mit den USA im Streit um Autozölle insofern bestehen, als die EU auf Fahrzeugimporte aus den USA aktuell zehn Prozent Zoll veranschlagt, wogegen die Vereinigten Staaten umgekehrt zuvor nur 2,5 Prozent Zoll auf Personenwagen aus der EU erhoben haben;
5. in welcher Weise nach Auffassung der Landesregierung der Abbau von Handelshürden innerhalb des EU-Binnenmarkts in den Bereichen Meldepflichten, Versicherungspflichten, Lohnvorschriften sowie Anerkennung von Berufsabschlüssen geeignet ist, auch die Wettbewerbsfähigkeit der Autoindustrie Baden-Württembergs und ihrer Zuliefererbetriebe zu stärken;
6. wie sie im Hinblick auf die von ihr definierten negativen Standortfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Baden-Württemberg (hohe Energiekosten, Bürokratie, Unternehmenssteuern, Lohnnebenkosten, siehe Stellungnahme zum Antrag Drucksache 17/8372, Ziffer 5) die aktuellen Vereinbarungen der voraussichtlich zukünftigen Koalitionspartner auf Bundesebene bewertet;
7. inwieweit aufgrund des zunehmenden Strukturbruchs in der Autoindustrie von Baden-Württemberg nach Auffassung der Landesregierung auf nationaler sowie europäischer Ebene am politisch verordneten Technologiewandel vom Verbrennungsmotor in Richtung E-Mobilität Korrekturen erforderlich sind.

3.4.2025

Gögel, Wolle, Baron, Lindenschmid, Sänze, Dr. Hellstern, Klauf, Klos, Steyer AfD

## Begründung

Am 26. März 2025 hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, angekündigt, dass ab dem 3. April 2025 auf sämtliche Importe von Autos und Autoteilen Sonderzölle von 25 Prozent erhoben werden. Zur Begründung führte er an, dass auf diese Weise die Autoindustrie der USA geschützt und das Handelsbilanzdefizit verringert werden könnten. Zugleich sollen ausländische Autohersteller dazu bewegt werden, ihre Produktion in die USA zu verlagern, um von neuen Zöllen verschont zu werden.

In einer ersten Reaktion hat die EU für den Fall des Festhaltens der USA an den neuen Autozöllen entschlossene Gegenmaßnahmen angekündigt und gleichzeitig das Ziel einer Verhandlungslösung betont. Der vorliegende Antrag hinterfragt vor diesem Hintergrund die bestehenden politischen Handlungsoptionen auf nationaler und europäischer Ebene. Die Fragestellungen zielen dabei auch auf eine Ergänzung der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag „Auswirkungen der neuen US-Regierung auf die baden-württembergische Wirtschaft“ (Drucksache 17/8372) unter besonderer Blickrichtung auf die Autoindustrie ab.